



From Status to Contract?

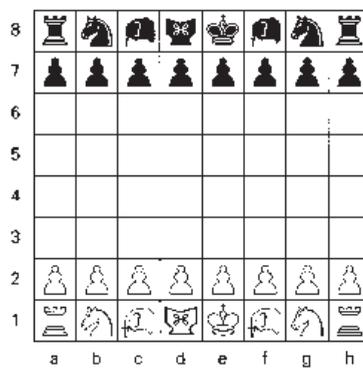
Einführung und Dokumentation*

Das Verhältnis von Wissenschaft und den »anderen Segmenten der Gesellschaft« – Politik, Wirtschaft, Medien oder (organisierten und nicht organisierten) »Laien« – befindet sich im Umbruch: ob man die Entwicklung zu Big Science mit ihren großen und vor allem teuren Forschungsorganisationen ins Auge fasst oder eine Wissenschaftsskepsis, die mit den Folgen des technischen Fortschritts und der Abhängigkeit davon wächst, ob man Entwicklungen betrachtet, die durch die Elektronik oder solche, die durch den Shareholder-Value von Wissen entstanden sind. Es wird über neue Formen des Umgangs mit Wissen innerhalb und außerhalb traditioneller Institutionen nachgedacht; die alleinige Autorität der Wissenschaft gilt auch in Wissensfragen in vielen Bereichen nicht mehr, oder sie wird nicht mehr anerkannt (was letztlich auf das Gleiche hinausläuft). Die Forderungen nach Dialog, Partizipation, Legitimation, Transparenz, Verantwortungsbewusstsein und Demokratisierung von Wissen(schaft) oder nach einer »Forschung für die Gesellschaft« folgen der Einsicht, dass Wissen in der so genannten Wissensgesellschaft die wichtigste Ressource der Zukunft ist.

»Wissenschaft in der Gesellschaft« (im EU-Slang: »sis« wie Science in Society), »Demokratisierung der Wissenschaft«, »neuer Gesellschaftsvertrag« meint nicht dasselbe und auch nicht das Gleiche wie PUSH, jenes Kürzel, unter dem der Weg der Wissenschaft in die Öffentlichkeit in den letzten Jahren forciert wurde. Es geht zwar um »Dialog«, aber die – wie üblich aus dem angelsächsischen Bereich kommenden – Catchwords bezeichnen mehr, nämlich eine vielschichtige Verschiebung des Stellenwerts von Wissenschaft im gesamtgesellschaftlichen Gefüge. Dieser Prozess ist längst im Gange und lässt sich mit Popularisierung von Wissenschaft allein sicher nicht steuern. Wissenschaft war lange Zeit, ziemlich genau drei Jahrhunderte lang, weitgehend von den Vergesellschaftungsprozessen ausgeschlossen. Dass man Wissenschaft

(so wenig wie Kunst) nicht demokratisch betreiben kann, ist ein Gemeinplatz, er eignet sich als Abwehr von Zumutungen, verdeckt aber auch, dass es den heutigen Verhältnissen nicht mehr gemäß ist, wenn Wissenschaftler tun, was ihnen ihr freier Forschungsdrang eingibt. Die Verantwortung der Wissenschaftler wächst, mit ihr wachsen auch die Bedenken, ob die (trotz aller Gleichberechtigungsrhetorik noch immer vorwiegend männlichen) Wissenschaftler dafür ausgerüstet sind, diese Verantwortung zu tragen.

Nicht die Weisen des Landes, sondern die Probleme drängen auf Lösungen. Da nicht mehr der König, sondern der Steuerzahler den größten Teil der Grundlagenforschung finanziert, stellt sich – lauter als in Zeiten voller Kassen – die Frage nach der Legitimation dieser oder jener Forschungen und nach der Vertretung gesellschaftlicher Interessen. Politiker müssen Entscheidungen über Projekte fällen, die nicht nur ein Vermögen kosten, sondern deren Folgen auch weit in die Zukunft reichen, dafür brauchen sie die Entscheidungshilfe von Experten. Deutungsmacht und Privilegien der Wissenschaft werden schon lange als problematisch empfunden, das Prestige der Professoren sinkt, seit jeder weiß, dass sich Experten für jede gewünschte Entscheidung finden lassen und Ethik nicht funktioniert, wenn sie nicht geregelt wird. Die Wirtschaft sorgt sich um Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen (Wissens)Markt; die Politik muss den Spagat meistern zwischen Repräsentation gesellschaftlicher und Vertretung wirtschaftspolitischer Interessen. In einem demokratischen System müssen, sagen zum Beispiel NGOs oder Patienteninitiativen, alle Bürger/innen Zugang zu dem Wissensschatz erhalten. Sie sollen – das meint Scientific Citizenship – befähigt werden, mit Wissen verantwortungsvoll umzugehen und bei Entscheidungsprozessen über neue Forschungsfelder und weitere technische Anwendungsgebiete bzw. -folgen einbezogen werden. Diverse Foren bürgerschaftlichen Engage-



gemeinsam verhandeln etwa auf Konsensuskonferenzen und drängen auf eine stärkere Berücksichtigung ihrer Perspektiven bei Forschung und Heilungsmethoden oder stellen selbst Wissen verständlich und kostenlos zur Verfügung.

Es gibt also viele Akteure und Interessen, die von den Veränderungen betroffen sind, aber es gibt zwischen den verschiedenen Akteuren und Interessengruppen kaum einen Austausch, weder eine gemeinsame Sprache noch einen (kleinsten) gemeinsamen Nenner, um die Richtung der Umgestaltung in einem ›Dialog‹ zu klären oder gar einen ›neuen Gesellschaftsvertrag‹ auszuhandeln.

Aus der Wissenschaft selbst sind unterschiedliche Stimmen zu vernehmen, es gibt kaum eine interdisziplinäre oder gar öffentliche Debatte. Die Analysen und Vorschläge werden im weitgehend geschlossenen Kreis der Wissenschaftsforscher und -politiker unter gelegentlicher Hinzuziehung von Fachfremden diskutiert und bleiben vorerst folgenlos. Inzwischen setzt sich die Auflösung der alten Ordnung hinter dem Rücken der Beteiligten durch, qua Mittelkürzungen und Verschiebungen in dem komplexen Gefüge mit unterschiedlichen Interessen und Mitspielern.

Wissenschaft und Politik

»In einer Wissensgesellschaft muss demokratisches Regieren dafür sorgen, dass die Bürger die Möglichkeit haben, sich in voller Kenntnis der Sachlage an der Wahl der Optionen zu beteiligen, die ein verantwortungsvoller wissenschaftlicher und technischer Fortschritt bietet. [...] Wissenschaft und Technik müssen ihren Vertrag mit der Gesellschaft neu überdenken und mehr noch als bisher ihre Agenda unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Wünsche der europäischen Bürger erstellen. Künftig müssen sie bestimmten grundlegenden ethischen Fragestellungen Rechnung tragen, Frauen umfassende Entfaltungsmöglichkeiten bieten und Zukunftsfragen antizipieren.« (Aktionsplan, S. 3 u. 8)

»Wir haben eine neue Bildungs- und Forschungspolitik eingeleitet, die Leistung und Kreativität fördert. Chancengleichheit steht bei den fünf Leitmotiven unserer Politik an erster Stelle. Nachhaltige Zukunftsgestaltung, Forschung für die Menschen, nachhaltiges Wachstum und die Bewältigung des Strukturwandels sind nur durch

eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, die Einbeziehung der Sichtweisen und Denkansätze von Männern und Frauen, also durch die Umsetzung einer konsequenten und zielorientierten Politik der Chancengleichheit/des Gender-Mainstreaming möglich.«

(Catenhusen, in: *Chancengleichheit*)

»In der Wissenschafts- und Technikforschung gibt die Beobachtung einer zunehmenden Verzahnung von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme Anlass zu Überlegungen, ob das überkommene Verständnis von Wissenschaft als einer quasi außergesellschaftlichen Instanz reiner Wissensproduktion noch angemessen ist und wie ein ›erneuerter Gesellschaftsvertrag zwischen Wissenschaft und Gesellschaft‹ aussehen könnte. [...]

Zentral ist dabei [bei den Überlegungen zu den Möglichkeiten (und Grenzen) einer Stärkung der Rolle des Parlaments in öffentlichen Technikdiskursen] die demokratietheoretisch informierte und politisch praktisch ausgerichtete Diskussion von Möglichkeiten der (institutionellen, prozeduralen) Verknüpfung von parlamentarischem und gesellschaftlichem Diskurs über Fragen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung.«

(TAB-Ausschreibung)

»In modernen Gesellschaften wird die Abhängigkeit der Politik von den wachsenden Wissensbeständen, die nicht jedermann verfügbar sind, vor allem also von der Wissenschaft, ständig größer. Andererseits gibt es keineswegs eine einfache und eindeutige Antwort auf die Frage, wie diese Wissensbestände für die Politik am besten nutzbar gemacht werden können und welche Implikationen sie für die Politik haben. Das bedeutet: Die Beziehungen zwischen der beratungsbedürftigen Politik und der beratenden Wissenschaft sind komplex und spannungsreich. Es bedarf des Nachdenkens über die Problematik dieser Beziehungen, sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft. Und es bedarf der gemeinsamen Suche nach Regeln für eine Beratungspraxis, die Wissen und Entscheidung für ein Gemeinwesen, das zugleich wissenschaftsbasiert und freiheitlich verfasst ist, in ein vernünftiges Verhältnis zueinander setzt. Der Öffentlichkeit kommt als drittem Teilhaber an dieser Debatte zwischen Politik und Wissenschaft eine wichtige Rolle zu.«

(Akademiekonferenz)



»[D]as rechte Verständnis sowohl des Regelkreises zwischen Wissenschaft und Gesellschaft als auch die Erkenntnis, in welcher Machttrolle Wissenschaft inzwischen ist, und erst recht die Verpflichtung gegenüber dem Ursprung moderner Wissenschaft [zwingt dazu], von der Entgegensetzung von Wissenschafts- und Politikethik Abstand zu nehmen. Dies bedeutet noch lange nicht die Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und beinhaltet auch nicht die Überforderung des einzelnen Wissenschaftlers mit der aktiven individuellen Befassung mit allen Folgen seiner Wissenschaft. Aber es bedeutet seine auch individuelle Verantwortung primär »nach innen«, also dafür, dass das eigene Wissenschaftssystem offen ist für die Orientierung auf wirkliche gesellschaftliche Probleme. [...] Für ihre autonome Diskussion über Ziele und Prioritätensetzung hat auch Wissenschaft keine anderen verpflichtenden Leitbilder zur Auswahl als die politische Öffentlichkeit, nur verdrängt sie dies leicht mittels der Berufung auf gesellschaftliche Arbeitsteilung [...]. Es gibt einfach keinen Diskurs über die gewaltigen, aber nicht expliziten Prioritätensetzungen im Wissenschaftssystem.« (Ziegler, in: *Nova Acta Leopoldina*)

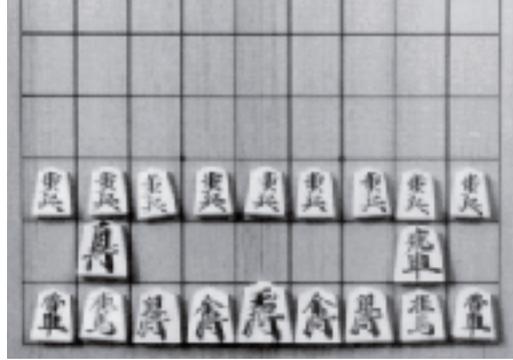
Neuer Gesellschaftsvertrag

»Erst mit der Freisetzung von den Imperativen vor allem von Kirche und Staat hat sich Wissenschaft emanzipieren und gewissermaßen zu sich selbst kommen können. Eine gewisse Indifferenz gegenüber außerwissenschaftlichen Interessen war und ist die Voraussetzung wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit. Diese Art Gleichgültigkeit war und ist aber auch der Grund für Folgeprobleme der gesellschaftlichen Integration, mit denen erhebliche Legitimationsprobleme der Wissenschaft einhergehen können – im Prinzip vergleichbar den Legitimationsproblemen kapitalistisch verfaßter Ökonomien. Die Bürger einer Gesellschaft unterstützen Wissenschaft auf Dauer nur in dem Maße, in dem diese ihre Sinn- und Nutzenerwartungen hinreichend befriedigt. Das setzt bei den Institutionen der Wissenschaft voraus, dass sie das ihnen verliehene Mandat zur Selbststeuerung nicht als Recht auf akademischen Autismus interpretieren dürfen.« (Neidhardt, in: *Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit*, S. 5f.)

»Die Wissenschaft als Institution löst sich aus ihrer vormaligen relativen sozialen Isolation und diffundiert in viele Bereiche der Gesellschaft; das heißt, die Regeln und Werte wissenschaftlichen Forschens werden in anderen gesellschaftlichen Handlungskontexten verbindlich. Der Zugang zu wissenschaftlichem Wissen wird prinzipiell für alle gesellschaftlichen Gruppen geöffnet. Die Kriterien für die Beurteilung von Qualität und Relevanz des Wissens werden nicht mehr allein von der Wissenschaft selbst definiert, sondern aufgrund der höheren Nutzenerwartungen und Anwendungsorientierung auch von den Anwendern des Wissens. [...] Diese Entwicklung kann, spiegelbildlich zu der *Verwissenschaftlichung* der Gesellschaft, als *Vergesellschaftung* der Wissenschaft verstanden werden oder, aussagekräftiger an die funktionale Differenzierung der Gesellschaft gebunden, als *Politisierung*, *Ökonomisierung* und *Medialisierung* der Wissenschaft.« (Weingart, in: *Die Stunde der Wahrheit?*, S. 14f. u. 18f.)

»[There is] a shift from the disciplinary mode of knowledge production (Mode 1) to a transdisciplinary, socially distributed, mode (Mode 2). [...] In Mode 1 problems are set and solved in a context governed by the interests of a largely academic community. By contrast, Mode 2 knowledge production is carried out within the context of application. It is intended to be useful to someone other than specifically the practitioner, be this industry, government or society generally; and this requirement is present from the beginning. Knowledge is produced under continuous »negotiation« and it will not be produced until the interests of the various actors are included.« (Ronayne, in: *ATSE Focus*)

»Unter den zahlreichen Anzeichen von Veränderung in der Welt des Wissens belegen drei Diskurse besonders deutlich sowohl die Richtung und das Ausmaß der Veränderung als auch ihre politische Dimension: die Diskurse zum Begriff von Entwicklung, zur Bedeutung von Geschlechterrollen und zum Verständnis von Demokratie: Die wichtigsten Beiträge zum Diskurs über den Begriff von Entwicklung beschäftigen sich besonders intensiv mit der Politik des Wissens; der Diskurs über Geschlechterrollen verbindet epistemologische Ansprüche zu geschlechterspezifischen Formen von Wissen mit den politischen Ansprüchen des modernen Feminismus; und der Diskurs über Demokratie verbindet Grundfragen über das Wesen von Demokratie in politischen Ordnun-



gen mit Überlegungen zur Demokratisierung der Produktion und Vermittlung von Wissen.«

(Weiler, in: *Wissen und Macht*)

»Am Ende könnte sich ergeben, daß das, was heute als Wunsch nach und Bedarf an ›robustem Wissen‹ analysiert wird, nichts anderes ist als das Ringen um ›demokratisch legitimes Wissen‹. [...] Die Wissenschaftspolitik, der, wie jeder Politik, die Aufgabe zugewiesen ist, gesellschaftlich verbindliche Entscheidungen, wenn nicht zu formulieren, so doch zu erzeugen und durchzusetzen, müßte die einschlägigen Stichworte von ›Einbeziehung gesellschaftlicher Belange, Interessen und Urteile in die Wissenschaft‹ bis ›Notwendigkeit eines erneuerten Gesellschaftsvertrags zwischen science und society‹ bearbeiten.« (Simon, in: *Ablehnung oder Akzeptanz*, S. 4 u. 8)

Modelle, Konzepte

»Die Urform der Agora im antiken Athen hatte politische, wirtschaftliche und religiöse Funktionen. Es war ein Ort, wo diskutiert, verhandelt und dann entschieden wurde. Auf einen solchen Marktplatz muss sich die Wissenschaft in der modernen Demokratie heute begeben. Dort, auf der Agora, geraten politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle und eben auch wissenschaftliche Interessen aufeinander. Dort muss die Wissenschaft zusammen mit der Öffentlichkeit – nicht nur mit der Industrie, was sie seit langem tut – aushandeln, was zu forschen ist und was nicht.«

(Nowotny, in: *Wissenschaft auf dem Marktplatz*)

»Demokratisierung der Wissensgesellschaft heißt weniger, wie werden die Bürger mehr informiert, sondern umgekehrt: Wie informiert sich die Politik [oder die Wissenschaft] über die Bürger – über ihre Anregungen, Bedürfnisse, Wünsche, Hoffnungen? Und wie kommuniziert sie mit ihnen? [...]

Aber die Demokratisierungsbewegungen in Deutschland sind noch staatspaternalistisch infiziert: Was sie mehr an Demokratie wollen, verbinden sie mit einer Aufgabenerhöhung des Staates. ›Mehr Demokratie‹ heißt in Deutschland noch: mehr Mitentscheidung darüber, was der Staat mehr tun soll!«

(Priddat, in: *Zivilisierungsfortschritte*, S. 6 u. 8)

»In the past, the debate has been less productive than it might be, because of mutual misunderstandings between scientists and wider society. SGR believes that these misunderstandings derive, in large part, from science being insufficiently accountable and democratic. [...] When an applicable discovery has been made, there is often a technological imperative for its application, regardless of whether that is in the general interest. Even the beginning of the actual work on a research project is too late for injecting social considerations. Once a project has obtained funding, wider social considerations can modify the course of the project only minimally. If science is to be done ethically and responsibly, all parties who may be affected must be represented in the deliberations before significant modifications have become unacceptable. Otherwise, ›democratic science‹ is a sham. The implication is clear ... the assessment of funding applications must be democratised. [...] Specialists will gradually come to see that the non-specialists' and non-scientists' views are an essential part of the legitimation of science. [...] By innovations of this kind, a culture of cooperation between scientists and society can be developed.« (Scientists for Global Responsibility, in: *Democratic Science*)

»But clearly there is a relation between science and power and there should be a relation between power and democracy. This implies a new relation to come between science and democracy. [...] Reports, papers, publications [...] should be read, criticized or appreciated by human beings. A democratic body should work as a human organization, not as a machine. [...] Scientific research is not isolated from the whole society and it depends on public support. This implies that scientific issues could be exposed, explained and discussed at many different levels. It is a new and important aspect of the work to be done. [...] Expository articles may be more important now than most research papers.«

(Kahane, in: *Leopoldina*, S. 156 u. 160)

»The potential list of neglected questions concerning technology is long. It could encompass the entire domain of technologies' social aspect: the political, cultural, sociological, psychological, and spiritual realms. Moreover, one might need to integrate such issues with others more familiar – matters of technical feasibility, economics, environment, health, and defense. Finally, it might be



necessary to consider not only the social dimensions and impacts associated with single technologies, but also the combined effects that emerge from a complex of coexisting technologies. [...] Among the panoply of questions concerning technology that escape attention, perhaps the most important one involves how technology bears on democracy. Democracy provides the precondition for being able to decide fairly and effectively what further questions to ask and what actions to take in light of the answers. Thus if technology were more compatible with one or another vigorous variant of democracy, we might be better positioned to debate what other issues urgently require attention.«

(Sclove, in: *Democracy and Technology*, S. 7f.)

Legitimationsprobleme

»Raising public awareness of science and technology is more than just a question of education and promotion. It requires a sensitivity on the part of experts towards legitimate public concerns, an appreciation of the complexities associated with risk, and the right balance between accessibility of information and necessary sophistication of presentation. Excessively ›masculine‹ or elitist values can alienate both men and women. It is not easy or obvious how best to manage communication in a positive, constructive fashion. Improving communication pathways and mechanisms will help to ameliorate the problems that have given rise to public scepticism of the role of science in public policymaking in Europe. Major controversies on biotechnology and food safety, for example, are having a clearly adverse impact on public confidence in both science and European governance.« (OPUS)

»What difference has it made to have activists involved in issues of AIDS research and drug development? How has biomedical research been reconfigured as a result? Examples prove to be numerous: The arguments of AIDS activists have been published in scientific journals and presented at formal scientific conferences. Their publications have created new pathways for the dissemination of medical information. Their pressure has caused the prestigious journals to release findings faster to the press. Their voice and vote on review committees have helped determine which studies receive funding. Their efforts have led to changes in the very definition of ›AIDS‹

to incorporate the HIV-related conditions that affect women. Their interventions have led to the establishment of new mechanisms for regulating drugs, such as expanded access and accelerated approval. Their arguments have brought about shifts in the balance of power between competing visions of how clinical trials should be conducted. Their close scrutiny has encouraged basic scientists to move compounds more rapidly into clinical trials. And their networking has brought different communities of scientists into cooperative relationships with one another, thereby changing patterns of informal communication within science.«

(Epstein, in: *Impure science*, S. 338f.)

»[Verderb] droht zum Beispiel, weil wissenschaftliche Expertise in der Wissensgesellschaft als ›Legitimationsressource‹ für politische Entscheidungen ge- und missbraucht wird und die ›Überbietungsspirale‹ im öffentlich ausgetragenen Expertenstreit (siehe Klimapolitik) dazu führt, dass zusehends mehr hypothetisches, unsicheres Wissen in die Waagschale geworfen wird – mit der Folge seiner Inflationierung. Es ist offenbar nicht die ›Ökonomisierung‹ allein, die der Wissenschaft zu schaffen macht. In gewisser Weise hat sie, seit ihrer Institutionalisierung im 17. und 18. Jahrhundert, gegen sich selbst gearbeitet. Ihre Erfolge nämlich waren wesentlich auch Erfolge in der Einübung kommunikativer Kulturtechniken innerhalb der Gelehrtenrepublik oder der scientific community. Die soziale Tugend des fairen Austauschs von Ansichten und Argumenten hat dem geschichtlichen ›Megatrend‹ zur Demokratisierung der Gesellschaften zweifellos erfreulich zugearbeitet. Ebendiese Demokratisierung indes gerät, zumal unter den Bedingungen einer ›medialisierten‹ Marktgesellschaft, immer wieder und immer stärker in Konflikt mit der Wahrheitsorientierung der Wissenschaft.« (Wenzel, in: *Neue Zürcher Zeitung*)

»Die Aufgaben der politikberatenden Gremien sind oft viel zu breit und zu wenig spezifisch. Sie sollen den Stand des Wissens zusammenfassen, Öffentlichkeitsarbeit machen, politische Entscheidungen vorbereiten, an internationalen Konferenzen teilnehmen, Politiker auf bestimmte Aufgaben einstimmen oder Empfehlungen abgeben. Hinzu kommt die oft ungeklärte Frage des Adressaten: An wen richtet sich der wissenschaftliche Rat? [...] Als ich Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates für globale Umweltfragen war, hatte ich oft den Ein-



druck, unser Adressat sei nicht der Umweltminister, sondern der zuständige Referatsleiter, der Vorlagen oder die nächste Rede des Ministers schreiben muss und eine Zusammenfassung braucht.« (Renn, in: *Die Zeit*)

»Den eigenwilligen Umgang der Politik mit unbequemen Expertenmeinungen hat kaum jemand besser vorexerziert als der Bundeskanzler. Mit seiner Berufung des Nationalen Ethikrates im vergangenen Jahr entwertete er nicht nur schlagartig den störenden Ethikrat beim Bundesgesundheitsministerium (der umgehend aufgelöst wurde); zudem schuf er auch ein politisches Gegengewicht zu der vom Parlament berufenen Enquete-Kommission ›Recht und Ethik in der modernen Medizin‹. Inzwischen gibt es mehr als 50 Ethikkommissionen. Deutschland ist längst zur Räterepublik mutiert. Doch von einer entsprechenden Rätekultur sind wir noch weit entfernt. Zahlreiche Gremien, Kommissionen und Räte arbeiten vor sich hin und nebeneinanderher, oft ohne Kontrolle der Öffentlichkeit und ohne präzise Definition, wem das Gremium genau zu dienen hat. Die Auswahl der Experten erfolgt häufig nach undurchsichtigen Kriterien, frei nach Gutsherrenart. Die mangelnde Transparenz des deutschen Rätewesens beginnt bereits damit, dass niemand einen fundierten Überblick hat, wie viele Beiräte, Sachverständigengremien und Expertenkommissionen in Deutschland überhaupt existieren.« (Schuh, in: *Die Zeit*)

* zusammengestellt und eingeleitet
von Hazel Rosenstrauch und Margarita Ruby

Literatur

- Aktionsplan der EU. Brüssel 2002
 W.-M. Catenhusen: Chancengleichheit als Auftrag der deutschen und europäischen Wissenschafts- und Forschungspolitik. Vortrag auf der Potsdamer Konferenz 1999, in: <http://www.chancengleichheit.org/texte/2potsdamerk/hauptreferate/catenhusen.htm>
 S. Epstein: Impure science, Aids, Activism, and the politics of knowledge. Berkeley/Los Angeles/London 1996
 J.-P. Kahane: Science and Democracy, in: *Leopoldina* Band 87, Halle 2003, S. 155–161
 F. Neidhardt: Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit, in: *WZB-Vorlesungen*, Berlin 2002
 H. Nowotny: Wissenschaft auf dem Marktplatz, in: *Tages-Anzeiger* vom 4. 9. 2001
 Optimising Public Understanding of Science, OPUS-Selbstdarstellung. Wien 2000, in: <http://www.univie.ac.at/Wissenschaftstheorie/opus/mproject.html>
 Politikberatung in der Demokratie, Einladung zur Akademiekonferenz, 17.–19. März 2003 in Heidelberg
 B. P. Priddat: Zivilisierungsfortschritte: Demokratisierung der Wissensgesellschaft und professioneller Staat, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft, Münster 2002
 O. Renn: Im Supermarkt der Gutachten, Interview in: *Die Zeit* 39/2002 vom 18. 9. 2002
 J. Ronayne: Research and the New Universities towards Mode 2, in: *ATSE Focus*, No. 98, Jul/Aug 1997 (<http://www.atse.org.au/publications/focus/focus-ronayne.htm>)
 H. Schuh: Wer hat da am Rat gedreht?, in: *Die Zeit* 35/2002 vom 21. 8. 2002
 R. Sclove: Democracy and Technology. New York 1995
 Scientists for Global Responsibility (SGR): Democratic Science, 2002, in: <http://www.sgr.org.uk/SciencePolicy/DemocraticScience.html>
 D. Simon: Ablehnung oder Akzeptanz. Vortrag Sylt 2000
 TAB-Ausschreibung: Technikakzeptanz und Kontroversen über Technik, Neue Formen des Dialoges zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Berlin 2002, in: <http://tab.fzk.de/gutachter/dialog.htm>
 H. N. Weiler: Wissen und Macht in einer Welt der Konflikte. Vortrag auf dem Kongress Gut zu wissen, Berlin 2001, in: http://www.bildung2010.de/gutzuwissen/thesen/thesen_weiler.html
 P. Weingart: Die Stunde der Wahrheit? Weilerswist 2001
 J. Wenzel: Die Adresse des Wissens, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. 7. 2002
 H. Ziegler: Die Regulierbarkeit wissenschaftlich geprägter Sachverhalte und die Verantwortung der Wissenschaft, in: *Nova Acta Leopoldina* NF 74, Nr. 297, 1996, S. 63–81